

Meteo Schweiz darf nicht kommerzieller werden

29.3.12 Der Bund / Tagesanzeiger

Der Wetterdienst des Bundes wollte seine Daten vermehrt auf dem freien Markt verkaufen. Doch daraus wird nichts - der Widerstand ist zu gross.

Patrick Feuz

Das Sturmtief braute sich zuerst innerhalb der Branche zusammen. Private Anbieter wie Meteonews und Meteotest kritisierten den Plan des Bundesrats schon früh, das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (Meteo Schweiz) in ein öffentlich-rechtliches Institut auszulagern. Die Privatunternehmen im Wettermarkt, wo jährlich insgesamt 20 Millionen Franken umgesetzt werden, warnen vor einem Verdrängungskampf mit Massentlassungen und Konkursen.

Der staatliche Wetterdienst wollte nämlich die angestrebte organisatorische Unabhängigkeit nutzen, um seine kommerziellen Tätigkeiten auszubauen - etwa mit massgeschneiderten Prognosen, Analysen, Warnungen oder Gutachten für Versicherungen, Energieunternehmen und Transportbetriebe.

Inzwischen jedoch glaubt Christian Plüss, Direktor von Meteo Schweiz, nicht mehr daran, dass er ab 2014 ein eigenständiges Institut leiten wird. Die Beschaffung einer Software für die Ressourcenplanung hat Plüss bereits sistiert, wie er gestern auf Anfrage erklärte. Inzwischen zieht nämlich auch aus der

Politik eine Kaltfront auf, die ihren Ursprung in der Finanzkommission des Nationalrats hat.

Überraschend klar - mit 17 zu 0 Stimmen - empfahl das Gremium letzte Woche, alles beim Alten zu belassen und das Meteorologiegesetz nicht zu ändern. Finanzpolitisch bringe die Auslagerung des Amtes nichts, da der Bund diesem auch künftig 50 Millionen Franken pro Jahr bezahlen müsste, begründet SVP-Kommissionspräsident Pirmin Schwander. Meteo Schweiz hatte anders gerechnet: Seit mehreren Jahren sei das Budget für den Wetterdienst praktisch unverändert geblieben, obwohl die Aufgaben zugenommen hätten. Deshalb brauche das Amt die Möglichkeit, mehr Geld auf dem freien Markt zu verdienen. Umso mehr, als geplant sei, dass Meteo Schweiz seine Daten künftig den privaten Anbietern gratis abgeben müsse.

Berset für Übungsabbruch

Sollte die Politik die Auslagerung definitiv stoppen, setzt Plüss auf die intern bereits eingeleiteten Massnahmen zur Kostensenkung - etwa schlankere Abläufe und den Abbau von 20 Stellen.

Nach einem Wetterumschwung zugunsten von Meteo Schweiz sieht es nicht aus. Aus dem Umfeld des zuständigen SP-Bundesrats Alain Berset ist zu hören, die Auslagerung sei nach der klaren Empfehlung der Finanzkommission «politisch tot». Am nächsten Montag entscheidet die Umweltkommission des Nationalrats, wie es weitergehen

soll. SP-Kommissionspräsident Eric Nussbaumer sieht für die Vorlage nur eine Zukunft, wenn Berset vehement dafür kämpfe. Doch genau dies will der Innenminister nicht tun, wie ein Insider sagt.

Gegen die Wirtschaftsfreiheit

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen, der in der Umweltkommission sitzt, sieht den Fall ordnungspolitisch: Wie bei der Landestopografie und beim Bundesgericht, das neuerdings Software entwickle und verkaufe, stelle sich auch bei Meteo Schweiz die Frage, wie weit vom Bund finanzierte Unternehmen oder Institutionen private Anbieter konkurrenzieren dürften. «Auf jeden Fall müssen die privaten gleich lange Spiesse haben.»

Für den Berner Wirtschaftsrechtler Eugen Marbach wäre der kommerzielle Ausbau von Meteo Schweiz «verfassungswidrig». In einem von den privaten Wetterdiensten bestellten Gutachten hält er fest, der Bund dürfe privatwirtschaftlich nur tätig sein, wenn dies im öffentlichen Interesse sei - etwa wenn der Wettbewerb nicht funktioniere. Doch Meteo Schweiz wolle seine gewerblichen Aktivitäten ausbauen, um künftig einen Teil seiner Ausgaben selber zu finanzieren und damit den Bund zu entlasten. Privatwirtschaftliche Tätigkeit des Bundes «aus rein fiskalischer Natur» sei aber nicht zu rechtfertigen und verstosse gegen die Wirtschaftsfreiheit.